



## **Ausschuss für Kultur und Medien**

### **17. Sitzung (öffentlich)**

8. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Tag der Medienkompetenz</b>	<b>6</b>
	Rückblick	
<b>2</b>	<b>Medienkompetenzbericht 2017/2018 der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) (s. Anlage 1)</b>	<b>8</b>
	Vorlage 17/1242	
<b>3</b>	<b>Das Land Nordrhein-Westfalen soll die Finanzierung der Kunststiftung NRW sicherstellen (s. Anlage 2)</b>	<b>12</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2161	

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**  
(s. Anlagen 3 und 4)

18

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 02 (Ministerpräsident)

hier: Einzelplan 06 (Ministerium für Kultur und Wissenschaft)

Vorlage 17/1091

Vorlage 17/1082 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1042 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1252 (Fragen der AfD-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1253 (Frage der FDP-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1288 (Ergebnisvermerk)

Ergänzung

der Landesregierung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/3300

Drucksache 17/4100

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 010, Titelgruppe 66, Titel 547 66 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt sodann den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 060, Titel 683 10 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 010, Titel 422 01 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Sodann nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 050, Titel 695 60 mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 070, Titel 534 10 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Ferner nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 070, Titelgruppe 63, Titel 684 63 mit den Stimmen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Weiterhin stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 02 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD zu.

Schließlich stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 06 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD zu.

**5 Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen** **24**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/3807

Der Ausschuss für Kultur und Medien beschließt einstimmig, die Beratung des Tagesordnungspunktes zu verschieben, um die Beratung im federführenden Ausschuss abzuwarten.

**6 Verschiedenes** **25**

Der Ausschuss für Kultur und Medien beschließt einstimmig, eine Reise zur Teilnahme an der Berlinale und dem entsprechenden Empfang durchführen zu wollen.



## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Oliver Keymis** unter dem Beifall der Anwesenden Frau Scholz als neue Ausschussassistentin in den Reihen des Ausschusses. Ebenfalls begrüßt er Christina Schulze Föcking (CDU) und Frank Neppe (fraktionslos) als neue Ausschussmitglieder.

## 1 Tag der Medienkompetenz

### Rückblick

**Thomas Nüchel (FDP)** hält die Erwartungen an den Tag der Medienkompetenz für thematisch voll erfasst. Er begrüße, dass die Vorträge und Gespräche etwa mit Influencern oder Medienscouts auf Augenhöhe stattgefunden hätten.

Man müsse über die in den Medien geäußerte Kritik nachdenken, dass die Zeitungsverlage nicht vom Grimme-Institut eingeladen worden seien. Er halte die Kritik zwar für überzogen, jedoch seien die Verlage auch in dem Bereich aktiv, etwa mit dem Zeitungsprojekt ZEUS, sodass man ihnen hätte auch Raum geben können.

Einige Verbände hätten Kritik an der spät erfolgten Einladung geäußert, was zu einem gewissen Improvisationsgrad und dazu geführt habe, dass sie bei einigen Veranstaltungen nicht vertreten gewesen seien.

Die Diskussionsrunde der medienpolitischen Sprecher zum Thema der medienpädagogischen Konzepte habe er gut, aber anders als erwartet gefunden. Dabei hätten unter anderem Vertreter der Schulen unterstrichen, dass Voraussetzung für gute Medienpädagogik eine aktuelle und funktionierende Technik darstelle. Aufgrund der vielen medienpädagogischen Angeboten sei es mitunter zu „wuselig“.

Einige Gruppen hätten ihren Ansprechpartner offenbar nicht gefunden, was mitunter zu Staus an der Kuchenausgabe in der Wandelhalle geführt habe. Er rege an, das entsprechende Konzept zu überdenken. Auch sei in der Wandelhalle für seinen Geschmack zu oft und zu heftig Fußball gespielt worden. Zeitliche Lücken für Schülerinnen und Schüler sollten mit Angeboten gefüllt werden, anderenfalls kämen diese auf eigene Ideen.

Auch aus Sicht der SPD-Fraktion habe es sich um einen gelungenen Tag der Medienkompetenz gehandelt, so **Alexander Vogt (SPD)**. Auch freue sie sich, dass die Landesregierung anders als die schwarz-gelbe Landesregierung zuvor den Tag der Medienkompetenz weiterhin stattfinden lassen wolle. Er rege an, dass das Grimme-Institut Rückmeldungen zur Themenfindung und zur Organisation von den Teilnehmenden, den Verbänden, aber auch den 600 Schülerinnen und Schüler einholen möge.

Seine Fraktion schließe sich der Kritik der Zeitungsverleger und der Lokalradios an. Auch er halte diese „für ein bisschen groß aufgezogen“. Jedoch solle aus seiner Sicht beim nächsten Mal darauf geachtet werden, Möglichkeiten zu eröffnen, Medienkompetenzvermittlung in diesen Bereichen auch darzustellen.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** regt an, die Zeitungsverlage so frühzeitig zu informieren, dass sie beim nächsten Mal eingebunden würden, dass diese von sich aus im Laufe des Jahres mehr Angebote als ZEUS im Bereich der Medienkompetenz machen.

**Arndt Klocke (GRÜNE)** begrüßt die inhaltliche Ausrichtung und den quirligen Markt der Möglichkeiten mit vielen Teilnehmenden und spannenden Angeboten. Er freue sich auf die Wiederholung eines solchen gelungenen Tages in zwei Jahren. Auch er habe die Kritik der Presse als sehr zugespitzt empfunden, jedoch rege auch er an, die entsprechenden Akteure beim nächsten Mal einzubeziehen. Er halte den Tag der Medienkompetenz, den er im Übrigen auch selbst besucht habe, für eine gelungene Veranstaltung, die nicht zuletzt zeige, dass sich der Landtag hierfür öffne.

**Andrea Stullich (CDU)** zeigt sich erstaunt über den großen Umfang des Programmhefts und merkt an, sie würde sich über eine Rückmeldung aus den parallel stattfindenden Foren freuen. Sie bedaure, dass sie nicht so viele Kolleginnen und Kollegen am Tag der Medienkompetenz zu Gesicht bekommen habe. Zwar sei die Veranstaltung sehr gut besucht gewesen, jedoch würde sie sich beim nächsten Mal über mehr Zuspruch seitens der Abgeordneten freuen.

**StS Nathanael Liminski (StK)** findet, die in den Medien geäußerte Kritik solle zukünftig aufgegriffen werden. Auch solle man die Anregung von Gabriele Walger-Demolsky aufgreifen und eine Partnerschaft zur Medienkompetenz anstreben. Landesregierung und Grimme-Institut hätten bereits Gesprächsangebote gemacht. Er zeige sich insofern zuversichtlich. Das Grimme-Institut sei um eine umfassende Zusammenstellung und Evaluierung gebeten worden, die auch die unterschiedlichen Workshops umfasse.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** merkt an, auch die Situation der Medien vor Ort müsse im Blickfeld bleiben. Die Kritik halte er für berechtigt, und man müsse sie aufnehmen, auch wenn man über Ton und Stil des Artikels diskutieren könne.

## 2 Medienkompetenzbericht 2017/2018 der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) (s. Anlage 1)

Vorlage 17/1242

**Mechthild Appelhoff**, LfM, ruft die drei Arbeitsschwerpunkte Medienkompetenz, Förderung der Bürgermedien und die Forschungsförderung ihrer Abteilung in Erinnerung. Sie halte die Rolle der Medienkompetenz für bedeutender denn je: Einerseits bestimme die Medienkompetenz des Einzelnen in erheblichem Maße seine ökonomischen, sozialen und politischen Partizipationsmöglichkeiten, andererseits stelle Medienkompetenz eine wesentliche Grundlage für das Funktionieren der demokratischen Strukturen dar. Sie betone die Rolle von Medienkompetenz als Bestandteil der Demokratietiefenkompetenz.

Sodann hält Frau Appelhoff ihre Präsentation „Digitale Gesellschaft – Digitale Verantwortung“, die diesem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Ergänzend zu Folie 7 führt sie aus, die LfM beschreibe neue Wege, um Reichweite zu generieren, was sich z. B. beim Versuch zeige, eine Influencerin aufzubauen.

Beim Projekt Medienscouts (Folie 8) stelle die LfM Strukturen und Referenten zur Verfügung, jedoch müssten die Schulen für die Honorare aufkommen. In den letzten beiden Jahren hätten 125 Schulen diesen finanziellen Beitrag geleistet, um mit dem Projekt aktiv werden zu können.

Zum Medienkompetenzrahmen (Folie 11) verweise sie ergänzend auf die Forschungsaktivitäten der LfM etwa in Kooperation mit Prof. Brand von der Universität Duisburg-Essen etwa zur Selbstregulation und zur Verhinderung von Internetsucht.

Als weiteren Vorteil der Bürgermedienplattform (Folie 21) erwähne sie den Support durch und die Schutzfunktion von nrwision, etwa bei sogenannten Shitstorms in sozialen Netzwerken als Reaktion auf bürgermediale Beiträge.

Die Bürgermedienplattform stelle einen Intermediär dar. Wer auch immer Beiträge dort einstelle, bezahle nicht mit eigenen Daten oder mit der Abgabe von Rechten. Auch der Algorithmus funktioniere anders, da Massenattraktivität nicht das Ziel darstelle. Vielmehr stünden Themen im Mittelpunkt, nicht die Reichweiten. Ansonsten werde derzeit eine Bürgermedienakademie, einer E-Learning-Plattform aufgebaut.

Zu Folie 24 erläutere sie, die LfM betreibe keine Grundlagenforschung. Die Forschungsaktivitäten stünden immer in engem Bezug zur Praxis und seien aufgabenbezogen. Abschließend weise sie auf den Selbsttest zur eigenen Regulation bei der Internetnutzung hin.

**Vorsitzender Oliver Keymis** dankt Frau Appelhoff unter dem Beifall des Ausschusses für ihre detailreiche und übersichtliche Präsentation.

**Arndt Klocke (GRÜNE)** schließt sich dem Dank des Vorsitzenden an und möchte wissen, ob sich die LfM stärkere Unterstützung bei der Durchdringung mit Blick auf Schulen und Unterricht wünsche.

Auch **Andrea Stullich (CDU)** dankt für den Vortrag. Sodann fragt sie nach, ob am Projekt „Mediencouts“ auch Schulen in privater oder kirchlicher Trägerschaft beteiligt seien. Auch zeige sie sich an näheren Ausführungen über den ersten Bericht zur Onlineplattform „Schutz und Hilfe“ interessiert, die bereits in der Medienkommission thematisiert worden sei.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** dankt ebenfalls. Sie ruft in Erinnerung, dass seit 2011 Mediencouts an den Schulen qualifiziert würden. Sie wolle wissen, wie viele der bislang qualifizierten 3.120 Mediencouts sich derzeit noch im Einsatz befänden. Darüber hinaus begehre sie Informationen darüber, ob verschiedene Schulformen in gleicher Weise und auch Schulen in Problembezirken für das Projekt gewonnen werden könnten. Sie habe gehört, dass in einigen solcher Gebiete die für die Vermittlung notwendige Ausrüstung nicht versichert werden könne.

Auch seine Fraktion danke für den umfassenden Bericht über die verschiedenen Aktivitäten, so **Alexander Vogt (SPD)**. Er wolle wissen, ob auch weiterhin Referenten für Kindertagesstätten und Schulen vom Projekt auf Anfrage zur Verfügung gestellt würden und wie die Planungen im Bereich von Familienbildungsstätten und Elternabenden aussähen. Mit Blick auf „Schutz und Hilfe“ fragt er nach, ob auch die Auswirkungen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes Berücksichtigung fänden. Weiterhin wolle er Näheres zu NRW-Spezifika in diesem Bereich erfahren, etwa durch Zusammenarbeit mit CORRECTIV oder Facebook.

**Thomas Nückel (FDP)** dankt ebenfalls für die geleistete Arbeit und den Medienkompetenzbericht, der einen Überblick über die Aktivitäten biete. Er wolle wissen, ob das stetig wachsende Projekt „Mediencouts“ an natürliche Kapazitätsgrenzen stoßen werde.

**Mechthild Appelhoff**, LfM, erläutert, das Projekt „Mediencouts“ werde sehr gut evaluiert. Die Akteure vor Ort hielten das Projekt für wichtig. Es helfe, Schülerinnen und Schüler in Austausch über Themen wie „Cybermobbing“ oder „Kommunikationsstrukturen im Internet“ zu bringen und diese Themen zu bearbeiten.

Die LfM stoße an natürliche Grenzen. So könne sie nicht mehr Schulen als bislang auf das Projekt ansprechen. Aus diesem Grunde sei das Selbstzahlermodell aufgelegt worden. Aufgrund der vielen positiven Rückmeldungen der Schulen lote die LfM in Gesprächen mit dem Schulministerium Möglichkeiten der Unterstützung aus, zumal die LfM allein das Projekt nicht in Breite tragen könne. Daher würden auch Gespräche mit möglichen Sponsoren geführt.

Beim Projektstart habe die LfM unterstrichen, dass sie selbst nicht die Schulen aussuche, sondern vielmehr den kommunalen Strukturen das Projekt zur Verfügung stelle.

Dabei habe die LfM die finanziellen und inhaltlichen Aspekte übernommen, etwa die Schulung der Referenten oder die Entwicklung von Materialien. Die Kommunen hätten sich beworben und jeweils zehn Schulen für ein Qualifizierungsverfahren benannt. Bei der Auswahl habe die LfM darauf geachtet, dass alle Schulformen vertreten seien. Entgegen mancher Erwartungen habe gezeigt werden können, dass etwa auch Hauptschüler mit Gymnasiasten in dem Projekt arbeiten könnten, da es sich bei den Scouts um junge Menschen handle, die eine gewisse Medienaffinität verbinde. Den schulformübergreifenden Zugang halte sie für einen besonderen Aspekt dieses Projekt, den man nicht unterschätzen dürfe.

Mit Blick auf das Ausscheiden von Scouts aus dem Projekt investiere die LfM derzeit in die Nachhaltigkeit des Projekts. Das Projekt sehe vor, dass die jetzigen Scouts und Beratungslehrer die neuen Scouts und Beratungslehrer qualifizierten. Das funktioniere bei einigen Schulen gut, bei anderen weniger gut. Zwischendurch werde Input etwa durch Aufbau Seminare, Begleitung und Vernetzungsmöglichkeiten benötigt. Daher werde nicht nur ein Wachstumspfad verfolgt, sondern vielmehr werde darauf fokussiert, dass die 774 bislang teilnehmenden Schulen am Ball blieben und eine nachwachsende Generation von Schülerscouts aktiv werde. Vor diesem Hintergrund suche das Projekt weiterhin die Kooperation mit den Kommunen und dem Schulministerium.

Selbstverständlich benötige das Projekt mehr Unterstützung, zumal es mit begrenzten Ressourcen ausgestattet sei. Bei „Internet-ABC“ handle es sich um ein in vielen Bundesländern erprobtes Projekt, das sich für die Umsetzung des Medienkompetenzrahmens im Unterricht eigne. Auch hierzu fänden Gespräche mit dem Schulministerium statt.

Dem Abgeordneten Vogt antwortet sie, die Kooperation mit den Familienbildungsstätten sei sehr wichtig, weil diese in hohem Maße Elternberatung durchführten. Sie würden vom Familien- und Sozialministerium mit einem Programm gefördert, um die digitalen Medien in die Arbeit zu integrieren, und hätten sich an die LfM mit dem Wunsch nach Begleitung und Beratung gewandt. Nach zwei Jahren der Begleitung seien die praxisorientierten Materialien entwickelt worden, die sich auch als nutzbar für andere Akteure darstellten. Das Projekt müsse vor Ort bei den Adressaten präsent sein, um dort die Beratungskompetenz aufzubauen, zumal es zu teuer und aufwendig sei, die Menschen zu holen.

Im Übrigen fiele ein solches Vorgehen zu langsam aus, zumal jetzt möglichst viele Menschen erreicht werden müssten. Die Initiative Eltern + Medien habe bei etwa 800 Elternabenden im vergangenen Jahr 18.000 Eltern erreicht. Das sei viel, jedoch gemessen an der Einwohnerzahl kaum etwas. Man müsse versuchen, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Mit den vorhandenen Kapazitäten funktioniere das nicht, weshalb es verlässlicher Partner und der Vernetzung bedürfe.

Sie sehe das Projekt in der Rolle eines Vordenkers mit Blick auf Instrumente und Wege. So werde überlegt, das Projekt nach dem erfolgreichen Einsatz in den Familienbildungsstätten auf andere Akteure zu übertragen. Jede Unterstützung sei insofern willkommen.

Auf die Frage nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz antwortet sie, die Säule „Verfolgen statt nur Löschen“ stelle eine entscheidende Säule dar, die in Zusammenarbeit mit dem Innen- und Justizministerium sowie mit den Medien erfolge. Es gehe darum, Betroffenen möglichst kurze Wege anzubieten und aufzuzeigen.

Die Säule „Schutz und Hilfe“ möchte sie als Cliffhanger verstanden wissen, zumal so die Möglichkeit einer umfassenderen Darstellung durch Direktor Dr. Tobias Schmid nach erfolgter Meinungsbildung in der Medienkommission eröffnet werde.

### **3 Das Land Nordrhein-Westfalen soll die Finanzierung der Kunststiftung NRW sicherstellen (s. Anlage 2)**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/2161

**Dr. Fritz Behrens (Kunststiftung NRW)** führt ein, er wolle an die vorhandene Tradition anknüpfen, einmal pro Legislaturperiode die Arbeit der Kunststiftung vorzustellen.

Die Kunststiftung werde im nächsten Jahr 30-jähriges Jubiläum feiern. Sie gehe auf eine „kulturpolitische Großoffensive“ der damaligen Landesregierung zurück, in deren Rahmen unter anderem 1986 die NRW-Stiftung und 1989 die Kunststiftung NRW gegründet worden seien. Darüber hinaus seien Landesorden und Staatspreis sowie andere kulturpolitische Stiftungen errichtet worden. In diesen Gesamtzusammenhang ordne sich die Gründung der Kunststiftung ein. Über Satzung und Ausgestaltung sowie die zukünftige Arbeit werde derzeit im Kuratorium der Stiftung diskutiert.

Bis 2002 habe es ausschließlich hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung gegeben. Er selbst sei seit 2011 der dritte ehrenamtliche Präsident der Stiftung. Die hauptamtliche Leitung erfolge durch die Generalsekretärin. Präsident und Generalsekretärin bildeten den Vorstand. Komplettiert werde das Team durch acht feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Stiftung sei seit ihrer Gründung auf die durch WestLotto zugewiesenen Glücksspielerträge angewiesen, zunächst als unmittelbar anspruchsberechtigte Destinatäre, seit 2007 durch die Durchleitung dieser Mittel durch den Landeshaushalt und die Neuvergabe durch politische Entscheidung der Landesregierung und des Landtags.

Die Zuwendungen betrügen seit mehreren Jahren etwa 9,5 Millionen € pro Jahr, wobei sie früher höher ausgefallen seien, sodass inzwischen weniger Projekte und Anträge hätten bewilligt werden konnten. Die Stiftung würde es begrüßen, mehr Mittel zur Verfügung zu haben, um den Erwartungen der Antragstellenden besser entsprechen zu können.

Wenn es die Kunststiftung nicht bereits gäbe, müsse man sie erfinden, um die Kulturpolitik in NRW mitzugestalten, so das Fazit seiner bisherigen Tätigkeit.

**Dr. Ursula Sinnreich (Kunststiftung NRW)** führt aus, im Rahmen des Festakts zum 25. Jubiläum der Stiftung sei bereits die Frage zur Zukunft der Kunst und zu passenden Förderungen diskutiert worden. In den letzten Jahren habe sich die Stiftung mit dieser Frage auf vielfältigste Art und Weise auseinandergesetzt.

Seit ihrem Bestehen habe die Kunststiftung ca. 220 Millionen € für 7.300 Projekte und ein Vielfaches für Künstlerförderung ausgegeben. Diese Förderung ergänze und stärke die öffentliche Förderung des Landes und der Kommunen. Sie trage dazu bei, die kulturelle Vielfalt in NRW zu sichern. Die Ballung von Kunst- und Kulturinitiativen im Ruhrgebiet wie nirgendwo sonst in Europa solle zum einen stolz machen, zum anderen stelle dies eine besondere Verpflichtung dar, diese Vielfalt zu pflegen, für sie

einzu stehen und sie immer wieder neu sichtbar zu machen. Die Kunststiftung unterstütze dies durch die Förderung von visueller Kunst, Musik, Tanz, Theater, Performing Arts und literarische Übersetzung.

„Förderung“ bedeute für die Stiftung auch, etwas herauszufordern. Sie wolle die Künstler aller Sparten auffordern, neue Ideen und Ausdrucksformen zu entwickeln. Darüber hinaus ermutige sie zur Kooperation. Aus der mitgebrachten Broschüre gehe auch hervor, dass die Stiftung Wege für den Nachwuchs ebnen wolle, etwa durch die Junge-Szene-Förderung oder durch Beratung bei Fragen der Antragstellung. In der persönlichen Begegnung würden mitunter neue Förderideen geboren. Die Stiftung rege Produktionen etwa durch die Vergabe von Werkaufträgen insbesondere im musikalischen Bereich an. Das oberste Gebot der Förderung liege aus ihrer Sicht in der Sichtbarmachung und Sichtbarhaltung.

Die Stiftung fördere herausragende künstlerische Positionen und Projekte, besonders begabten künstlerischen Nachwuchs sowie den Erwerb von für das Land besonders bedeutsamen Kunstwerken. Darüber hinaus unterstütze sie den internationalen Kulturaustausch. Die Unterstützung durch die Stiftung falle verschieden hoch aus: von einer Reinschrift einer Komposition in Höhe von 500 € bis zur Förderung von Premieren im Rahmen der Ruhrtriennale, wie weitaus mehr koste.

Die Stiftung halte es für sehr wichtig, Künstlern Freiräume zu bieten. Geförderte Themen würden von den Künstlern selbst gefunden und in einer Form ausgearbeitet, die sie selbst entscheiden könnten. Sodann würde diese in einer selbst ausgesuchten Umgebung präsentiert. Die Freiräume würden immer wieder mit internationalen Expertengremien, mit Jurys und mit internen Gesprächen mit Künstlern selbst ausgelotet, etwa in der Gesprächsreihe „Was braucht die Kunst?“ Dies habe zur Entwicklung vieler Förderformate geführt, die auch aus der Broschüre hervorgingen.

Die Experten der Stiftung seien in den Sparten visuelle Kunst, Performing Arts, Theater, Musik und literarische Übersetzung tätig. Sie erarbeiteten Leitfragen für die Arbeitsgrundlage der Kunststiftung. Das Zukunftspotenzial der Kunst zeige sich mitunter auch an Orten, wo man dies nicht erwarte. Künstlerresidenzen stünden in Tel Aviv und in Istanbul zur Verfügung. Das Istanbul Haus sei inzwischen zu einem Labor für die Selbstformulierung der türkisch-deutschen Kulturbeziehungen vor Ort und so zu einem Ort des Austauschs mitunter auch in schwierigen Zeiten geworden.

Abschließend betont sie das Reims-Projekt der Kunststiftung zusammen mit dem Auswärtigen Amt und Imi Knoebel, in dessen Rahmen die Schenkung neuer Fenster für die Krönungskapelle erfolgt sei, die die Deutschen im Ersten Weltkrieg zerstört hätten. Sie halte die Geste der Annahme der Schenkung durch Frankreich für das bemerkenswerteste und erste kulturelle Zeichen der neuen Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich seit 100 Jahren.

Kunst- und Kulturförderungen stellten Garanten einer sozialen, sicheren, friedlichen und gesellschaftlichen Zukunft dar. Die Gestaltung der Zukunft sei nicht allein Aufgabe für Ökonomen, Politiker und Wissenschaftler, sondern auch die Kunst könne dazu beitragen. Wenn die Kunst von Menschen für Menschen gemacht werde, seien die Werte,

für die sie stehe, Aufmerksamkeit, Offenheit, Toleranz und Respekt. Die Kunst von heute stelle das Erbe von morgen dar. Deswegen solle sie das Anliegen aller sein.

Dagegen stehe die Prekarisierung der Künstler, die politisch unbedingt geändert werden müsse. Zusätzlich lasse sich eine zunehmende Finanznot der Projekte feststellen. Ferner sinke ihrer Wahrnehmung nach die Akzeptanz von Kunst. Die Kunststiftung kümmere sich, benötige aber umfassendere Möglichkeiten für ihre Arbeit.

**Prof. Dr. Markus Hilgert (Kulturstiftung der Länder)** räumt ein, der Text des Antrags sei ihm nicht bekannt, jedoch wolle er einen kurzen Bericht zur Arbeit der Kulturstiftung der Länder abgeben.

Im Jahr 1983 habe bei Sotheby's in London das Evangeliar Heinrichs des Löwen zum Verkauf gestanden. Durch ein Zusammenspiel der Länder Bayern, Niedersachsen, des Bundes, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und einiger privater Sponsoren habe der Ankauf vollzogen werden können. Dies habe deutlich gemacht, dass eine Ankaufsgemeinschaft für Kulturgut nationalen Ranges etabliert werden müsse, was wiederum den Ausgangspunkt der Gründung der Kulturstiftung der Länder dargestellt habe.

Die Idee einer nationalen Kulturstiftung gehe auf Willy Brandt und seine Gespräche in den späten Sechzigerjahren zurück. 1988 sei der Wunsch nach einer Nationalstiftung mit der Gründung der Kulturstiftung der Länder erstmals umgesetzt worden.

Der ursprünglichen Kernaufgabe des Erwerbs von Kunst und Kultur nationalen Ranges hätten sich die Förderung von Ausstellungsvorhaben mit überregionaler Bedeutung insbesondere von öffentlichen Sammlungen, die aus eigenen Beständen ihre Ausstellungshaben gestalten wollten, sowie die Restaurierung beigesellt. Kulturgut nationalen Ranges zeichne Authentizität und Einzigartigkeit bzw. Seltenheit sowie seine gesellschaftliche Bedeutung aus. Im Rahmen einer Förderung werde permanente Sichtbarkeit und Zugänglichkeit zur Auflage gemacht. Im Übrigen spielten Erhaltung, Provenienz und Angemessenheit des Preises bei der Förderung eine Rolle.

Die 16 Bundesländer stellten der Kulturstiftung der Länder anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel jährlich rund 10 Millionen € zur Verfügung. 7,2 Millionen € flössen direkt in die Förderung, davon 6,2 Millionen € in die Erwerbungsförderung und 1 Million € in die Ausstellungsförderung. Die übrigen 2,8 Millionen € bestünden zu 1 Million € aus Geschäftskosten und aus einer Durchlauffinanzierung für die von der Kultusministerkonferenz bestimmten Einrichtungen. In den letzten 30 Jahren habe die Kulturstiftung der Länder etwa 200 Millionen € für den Erwerb von Kulturgütern nationalen Ranges ausgeben können. Durch die Tätigkeit in Konsortien hätten mit dem Beitrag der Kulturstiftung Kulturgüter im Wert von etwa 700 Millionen € für den Kulturstandort angekauft werden können.

Die Stiftung verstehe sich als Dienerin der Länder und der öffentlichen kulturbewahrenden Institutionen in den Ländern. Das bedeute auch Beratung in unterschiedlichen Bereichen und Hilfe bei der Antragstellung. Darüber hinaus betone er die Wichtigkeit von Compliance und Transparenz gegenüber unterschiedlichen Zielgruppen.

Jede Antragstellung beginne mit einer Beratung, an die sich ein mehrstufiges formalisiertes Antragsverfahren mit transparenten und kommentierten Kriterien anschließe. Das Begutachtungssystem umfasse Peer-Review-Prinzipien und setze auf das Prinzip der Kofinanzierung. Der Stiftungsrat entscheide bei Förderungen mit einem Volumen von mehr als 100.000 €. Die Entscheidungen würden durch eine Referentenkommission und einem Expertenkuratorium vorbereitet. Die Mittelbewirtschaftung erfolge nach haushaltsrechtlichen Grundsätzen. Natürlich gebe es eine systematische und abgestimmte Kommunikation zu allen Fördervorhaben. Darüber hinaus wolle er den Bereich der Wirkungsanalyse, des sogenannten Impact Assessments, ausbauen.

Des Weiteren engagiere sich die Kulturstiftung der Länder auch bei der Provenienz Forschung. So gehe das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste auf eine Arbeitsstelle der Provenienz Forschung zurück, die von der Kulturstiftung der Länder initiiert und mitfinanziert worden sei. Ferner engagiere sie sich bei der Koordinierungsstelle für den Erhalt des schriftlichen Kulturgutes und in Sachen kultureller Bildung, etwa durch schulische Kulturvermittlung.

Im Rahmen der aktuellen Förderungen seien eine hebräische Handschrift für den Landschaftsverband Rheinland und ein Museum in Amsterdam als wichtiges Beispiel für die jüdische Buchmalkunst des 13. Jahrhunderts oder ein Autograf Beethovens zum Lieb „Wenn ich ein Vöglein wär“ erworben worden.

Aktuelle Ausstellungsvorhaben umfassten unter anderem „The Walk“ von Jochen Gerz in Duisburg oder die Vasarely-Ausstellung in Frankfurt. Viele Ausstellungen seien im Übrigen nicht möglich, wenn nicht das, was ausgestellt werden solle, vorher konserviert und restauriert worden wäre.

**Vorsitzender Oliver Keymis** dankt namens des Ausschusses für die Vorträge.

**Andreas Bialas (SPD)** bringt zum Ausdruck, dass er sich von allen drei Gesprächspartnern eine kurze Stellungnahme zum vorliegenden Antrag wünsche, zumal alle anderen Stiftungen im Land mit deutlich mehr Finanzmitteln ausgestattet worden seien.

In der letzten Legislaturperiode sei man übereingekommen, für eine verlässliche und planbare Finanzausstattung der Kulturstiftung zu sorgen, die sich im Wesentlichen auf schwankende Wettspielerträge stütze. Im Übrigen müssten die allgemeinen Preissteigerungen ausgeglichen werden. Oftmals scheitere die Kofinanzierung an nicht ausreichenden Finanzmitteln, und die Anträge überstiegen die Förderungsmöglichkeiten bei Weitem. Ein Engagement der Kulturstiftung helfe darüber hinaus einigen geförderten Projekten, weitere Mittel und Kontakte zu akquirieren.

**Lorenz Deutsch (FDP)** wünscht sich mit Blick auf die erwähnten Preissteigerungen konkretere Einblicke in die Förderpraxis, Förderperspektiven und die Antragsentwicklung. Er bitte, falls vorhanden, um die Zusendung eines Förderberichts der Stiftung. Weiterhin wolle er wissen, was er sich unter dem Konzept der Mehrjährigkeit vorstellen könne.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** merkt an, Mehrjährigkeit und Festbeträge lägen im Interesse all derjenigen, die von Förderungen abhängig seien. Eine Festlegung auf mehrere Jahre widerspreche dem Gedanken, dass jede Ausgabe von Steuermitteln durch das Parlament jedes Jahr geprüft werden solle. Einem Aufwuchs der Mittel werde sie zustimmen, zumal bislang wohl kein Inflationsausgleich bei der Kunststiftung stattfinde, anders als es bei anderen Stiftungen der Fall sei.

**Dr. Fritz Behrens (Kunststiftung NRW)** erläutert, die Kunststiftung habe ebenfalls bemerkt, dass andere Stiftungen einen Zuwachs an öffentlichen Gelder erhielten. Er gehe davon aus, dass die Kunststiftung ähnlichen Rahmenbedingungen und ähnlichen Begründungen unterfalle, jedoch stelle die Mittelzuweisung eine politische Entscheidung dar.

Die Stiftung übernehme immer nur einen Teil der Projektkosten, etwa ein Drittel. Eine Förderzusage der Stiftung gelte in der Kunstszene als eine Art Qualitätssiegel, um bei dritten Fördergebern weitere Mittel einwerben könnten.

Die erhaltenen Mittel hätten zwischen 11,5 und 9,5 Millionen € in den letzten Jahren geschwankt. In den letzten drei Jahren hätten diese Beträge mit 9,5 Millionen € an der unteren Grenzen gelegen. Die beantragten Mittel umfassten ein etwa doppelt so hohes Volumen. Zahl der Anträge und die beantragten Summen seien in den letzten Jahren klar gestiegen. Er rege an, darüber nachzudenken, an den erhöhten Steuereinnahmen des Landes zum Teil auch die Kunststiftung partizipieren zu lassen.

Derzeit würden die Förderberichte in neue Form gebracht. Gern leite man diese auch dem Landtag zu. Die Kunststiftung sei jedoch eine Stiftung privaten Rechts mit einem Kuratorium als Aufsichtsgremium. Der Landtag habe auch Abgeordnete ins Kuratorium entsandt.

Die Stiftung würde Maßnahmen in Richtung von Mehrjährigkeit und Verlässlichkeit ohne Frage begrüßen. Auch Antragsteller wünschten sich Planbarkeit über mehrere Jahre hinweg. Die finanzielle Ausstattung der Kunststiftung könne indes nicht mit dem Geldempfang von Förderantragstellern verglichen werden, vielmehr sehe er dabei deutliche Unterschiede.

**Prof. Dr. Markus Hilgert (Kulturstiftung der Länder)** hält die Verlässlichkeit der Finanzierung und die Erhöhung der Mittel für Kultur für absolut wünschenswert. Er finde den vorliegenden Antrag positiv und außerordentlich begrüßenswert. Die Arbeit der Kunststiftung NRW erachte er für großartig und notwendig – auch mit Blick auf High Risk und auf die Schaffung von Freiräumen, insbesondere im Off-Bereich.

Die auskömmliche Finanzierung von Kultur müsse auch an anderer Stelle thematisiert werden. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass bei einer Erhöhung der Mittel klargemacht werden solle, was mit dieser Erhöhung bewirkt werden solle. Insofern halte er eine klare Strategiebildung und eine Profilschärfung bei der Förderung für geboten – für die Organisation insgesamt und für ihre Passung in das gesellschaftliche Gefüge.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** unterstreicht, dass der Stiftungszweck der Kunststiftung etwa vorsehe, dass die Stiftung herausragende Vorhaben im Kunst- und Kulturbereich unterstütze, begabte junge Künstlerinnen und Künstler sowie internationalen Kulturaustausch fördere.

Aus dem Landeshaushalt fließen in diesem Jahr wieder mehr als 9,5 Millionen € als Destinatär an die Stiftung, sodass diese jährlich ca. 300 Förderungen gewähren und das kulturelle Leben im Land sehr stark unterstützen könne.

Der Haushalt 2019 sehe eine Fortschreibung der Mittel der Konzessionsausgaben auf dem bisherigen Niveau vor. Daher stehe derzeit keine Gefährdung der Aufgabenwahrnehmung oder der Weiterentwicklung der Kunststiftung zu befürchten. Momentan befinde man sich da auf der sicheren Seite.

Im Kuratorium und im Vorstand werde derzeit ein sehr intensiver Diskussionsprozess um Fördergrundsätze und Grundlagen für Förderentscheidungen geführt, den man ab und zu durchlaufen solle, um Bedarfe für Justierungen zu erarbeiten. In einem Workshop seien viele Gedanken ausgetauscht worden, nun stehe die Operationalisierung an. Für das kommende Jubiläumsjahr sollten diese Themen geordnet werden, um zu mehr Transparenz zu gelangen.

Vor dem Hintergrund des Aufwuchses des Kulturetats halte sie ein hohes Maß an Transparenz für wichtig, um sich über Förderschwerpunkte und Förderlinien auszutauschen. So könne eine Abstimmung mit anderen Akteuren erfolgen.

Ihr sei ein fraktionsübergreifender Antrag basierend auf einer starken Faktenlage – ähnlich wie bei der NRW-Stiftung – lieber gewesen. Die NRW-Stiftung habe daraufhin mehr Geld bekommen, jedoch mit der Kunststiftung gleichgezogen. Dies erachte sie für einen Akt des Ausgleichs.

Der Prozess zur Weiterentwicklung sei aus ihrer Sicht gut angeleitet worden. Auch aus dem Kreis des Kuratoriums seien viele unterschiedliche Anregungen geäußert worden. Sie finde, dass man auf einem sehr guten Weg sei und in absehbarer Zeit Schritte zur Weiterentwicklung einleiten könne. Auf dieser Grundlage könne man überlegen, ob die vorgesehenen Mittel ausreichen. Forderungen nach mehr Mitteln müssten aus ihrer Sicht substantiell vorgetragen werden.

**Andreas Bialas (SPD)** zeigt sich für einen gemeinsamen Antrag offen und regt an, in einer der nächsten Obleuterunde das weitere Verfahren zu besprechen.

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) (s. Anlagen 3 und 4)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 02 (Ministerpräsident)

hier: Einzelplan 06 (Ministerium für Kultur und Wissenschaft)

Vorlage 17/1091

Vorlage 17/1082 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1042 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/1252 (Fragen der AfD-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1253 (Frage der FDP-Fraktion zum Einzelplan 06)

Vorlage 17/1288 (Ergebnisvermerk)

Ergänzung  
der Landesregierung  
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/3300  
Drucksache 17/4100

Einführend macht **Vorsitzender Oliver Keymis** auf die Tischvorlagen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zu den Einzelplänen 02 und 06 aufmerksam (s. Anlagen 3 und 4).

Ihre Fraktion begrüße den Haushaltsgesetzentwurf und die darin vorgesehene Erhöhung für den Kulturbereich grundsätzlich, so **Andrea Stullich (CDU)** zum Einzelplan 02. Die Mittel für die Film- und Medienstiftung sollten nochmals um 1,5 Millionen € und insgesamt um 3 Millionen € erhöht werden – auch zur Förderung der Gamesbranche. Dies begrüße sie insbesondere als Teil der Digitalstrategie, durch die NRW zum Mediendigitalland weiterentwickelt werden soll. Für die kulturelle Filmförderung stünden 300.000 € mehr zur Verfügung.

Die eigenen Änderungsanträge umfassten zunächst die Mittel zur Förderung der Medienkompetenz. Diese Mittel würden im Haushalt 2019 um 1 Million € erhöht. Diese Mittel sollten dafür eingesetzt werden, mit mobilen und flexiblen Angeboten zu den Menschen in die Fläche zu kommen. Dies halte sie für eine gute Grundlage für mehr Medienkompetenz im digitalen Zeitalter.

Der andere Änderungsantrag beziehe sich auf das Filmfestival Cologne und auf das Medienforum Nordrhein-Westfalen, und sehe eine Erhöhung der Festivalmittel in Höhe von 200.000 € sowie um zusätzliche Mittel zur Weiterentwicklung des Medienforums und weiterer bedeutender Medienveranstaltungen sowie zur stärkeren Vernetzung mit der Branche in Nordrhein-Westfalen vor.

Unter Hinweis auf die zu erwartend weiterhin steigenden Steuereinnahmen möchte **Alexander Vogt (SPD)** wissen, ob das kürzlich abgeschaffte Medienforum nun wiederbelebt werden solle. Auch sollten Gelder für eine Reihe weiterer Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden, etwa für das Global Media Forum. Seines Wissens handele es sich dabei um eine Veranstaltung der Deutschen Welle, mithin einer Bundeseinrichtung. Er wolle wissen, ob auf diese Art der Bund entlastet werden solle.

Im Rahmen des Tages der Medienkompetenz seien mehr Ideen für die Erhöhung der Medienkompetenz in der Fläche geäußert worden, etwa der Einsatz von Bussen, als die jetzige Vorlage enthalte. Er wolle wissen, ob die 1 Million € den Mitteln entspreche, die beim Tag der Medienkompetenz angekündigt worden seien. Er wolle darüber informiert werden, wie viele Busse die Landesregierung zu kaufen gedenke, um das Projekt wirklich in die Fläche zu bringen, wie die Busse ausgestattet sein sollten und wie viel Personal für den Einsatz in den Bussen vorgesehen werde.

**Andrea Stullich (CDU)** erläutert, grundsätzlich gehe es darum, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erklären, wie Medienverbreitung funktioniert, damit diese Informationen und Quellen kritisch bewerten könnten. Weiterhin solle ein stärkeres Bewusstsein geschaffen werden, welchen Einfluss Medien auf die Meinungsbildung und das persönliche Verhalten einzelner Personen ausübten. Es gehe nicht nur um die Anschaffung eines Busses bzw. möglicherweise mehrerer Fab Mobile, sondern um die Verzahnung von Theorie und Praxis sowie um die Zusammenführung von analoger und digitaler Welt.

**Thomas Nüchel (FDP)** hält es für wichtig, dass das Grundgerüst erstellt werde. Danach könnten Erfahrungen mit den Trägern ausgetauscht und Dinge weiterentwickelt werden.

Das Filmfestival Cologne solle seine Rolle im Reigen der Filmfestivals weiter stärken können. Es handele sich mithin beim Festival um eine wachsende Perle.

Er finde, das Medienforum sei nicht abgeschafft worden, vielmehr habe es sich im Niedergang befunden und sich letztlich selbst abgeschafft. In der Verantwortungszeit der rot-grünen Landesregierung sei es nicht richtig weiterentwickelt worden. Alle Medienveranstaltungen hätten indes mit einem gewissen Rückgang der Besucherzahlen zu kämpfen. Die Kette attraktiver Medienveranstaltungen in NRW solle genutzt werden, etwa auch das Social Media Forum. Dort könne man ansetzen. Auch eine Internationalisierung tue diesen Veranstaltungen gut.

Die Landesregierung sei dankbar für den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP in Sachen Medienkompetenz, so **StS Nathanael Liminski (StK)**. Man könne jeden Antrag kleinreden, jedoch werde eine Verdopplung der Mittel für die Medienkompetenz vorgesehen. Mithin handele es sich aus seiner Sicht um ein starkes Signal. Man könne versuchen, das auf Busse herunterzurechnen und es so lächerlich und machen, nichtsdestotrotz sehe er in der Erhöhung ein Zeichen, dass die Medienkompetenzentwicklung der Koalition sehr wichtig sei. Gern werde er den Ausschuss noch

im laufenden Jahr weiter unterrichten, wie die Landesregierung diese Mittel einzusetzen gedenke, um die Medienkompetenz in die Fläche zu bringen.

Er stellt klar, das Medienforum werde nicht abgeschafft, vielmehr habe er davon gesprochen, dass es das Medienforum alter Prägung nicht mehr geben werde. Die Landesregierung habe erwogen, im Laufe dieses Jahres gegebenenfalls eine kleinere Veranstaltung stattfinden zu lassen. Diese Planung sei jedoch verworfen worden, weil man sich noch mit Gesprächen mit der Branche befinde. Nach Einrichtung des Mediendigitalbeirats sei eine Arbeitsgruppe „Zukünftige Medienveranstaltungen“ eingesetzt worden. Der Beirat habe sehr klare Kriterien, Anforderungen und Erwartungen an künftige Mediengroßveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen formuliert. Diesen Erwartungen wolle man mit einer Veranstaltung im kommenden Jahr gerecht werden. Hierzu würden derzeit abschließende Überlegungen angestellt. Er gehe davon aus, in der nächsten Ausschusssitzung Näheres hierzu berichten zu können.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** merkt an, sie sei kein Medienpolitiker, und die in den Änderungsanträgen aufgeworfenen Fragen erleuchteten das Ganze nicht komplett, weswegen sie sich bei der Abstimmung über den Einzelplan 02 enthalten werde. Die AfD habe zwar eine Meinung, jedoch könne sie, Walger-Demolsky, diese heute nicht fundiert vertreten.

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 010, Titelgruppe 66, Titel 547 66 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien nimmt sodann den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 02 060, Titel 683 10 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, GRÜNEN bei Enthaltung der AfD an.

**Andreas Bialas (SPD)** merkt mit Blick auf den Einzelplan 06 zum Änderungsantrag zur Landeszentrale für politische Bildung an, zunehmend gingen Menschen in bestimmten Sozialräumen nicht zur Wahl oder verfielen in Opposition zu bestimmten Projekten, etwa bei der Errichtung von Infrastruktur. Daher müsse man sich auch von Landesseite her der politischen Prozesse vor Ort annehmen.

**Dr. Stefan Nacke (CDU)** erinnert daran, dass in der letzten Plenarrunde einstimmig eine Enquetekommission zur Förderung der parlamentarischen Demokratie eingesetzt worden sei. In den nächsten zwei Jahren würden daher diese Themenstellungen aufgegriffen und bearbeitet. Er empfehle, die Ergebnisse der Kommission abzuwarten und aufzugreifen. Daher werde seine Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 010, Titel 422 01 mit den

Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Sodann nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 050, Titel 695 60 mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Der Ausschuss für Kultur und Medien lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Kapitel 06 070, Titel 534 10 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Ferner nimmt der Ausschuss für Kultur und Medien den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Kapitel 06 070, Titelgruppe 63, Titel 684 63 mit den Stimmen von CDU, FDP, GRÜNEN und AfD bei Stimmenthaltung der SPD an.

Weiterhin stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 02 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD zu.

**Andreas Bialas (SPD)** stellt die Enthaltung der SPD-Fraktion zum Einzelplan 06 in Aussicht, da seine Fraktion finde, dass zu Beginn des Haushaltsjahres nicht einfach 20 Millionen € als Pauschalsumme angesetzt werden solle, aus der man sich im Laufe des Haushaltsjahres bediene. Vielmehr wolle sie wissen, wofür diese Mittel verausgabt würden. Falls diese Mittel auch zu Beginn des kommenden Haushaltsjahres nicht konkret beziffert würden, werde seine Fraktion entsprechende Änderungsanträge stellen.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** zeigt sich enttäuscht von den Antworten auf die Anfragen ihrer Fraktion zum Kulturbereich. Mit Blick auf die politische Bildung frage sie sich, ob sich das Ministerium für Kultur und Wissenschaft mit dem Innenministerium abstimme. Daher werde man andere Anträge der AfD sehen, zumal die geäußerte Einschätzung sich sehr von derjenigen des Ministers Reul unterscheide. Sie empfehle, sich in Sachen der Beurteilung des Linksextremismus abzustimmen.

**Lorenz Deutsch (FDP)** betont, der erfreuliche kontinuierliche Mittelaufwuchs in Höhe von 20 Millionen € pro Jahr stelle eine echte Herausforderung für das Ministerium dar. Vor dem Hintergrund der vorhandenen kleinen Kulturabteilung halte er die Umsetzung für ambitioniert. Er habe in der letzten Ausschusssitzung um eine differenzierte Darstellung der Stärkungsmittel gebeten, die inzwischen für die Jahre 2018/2019 vorliege.

Dabei handele es sich immer noch um Work in Progress. Diese Dinge würden im nächsten Haushalt in die normalen Ansätze verschoben.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** ergänzt, man werde den Mittelaufwuchs nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen, sondern die Positionen entsprechend durcharbeiten. In vielen Gesprächen sei dies auch den betroffenen Gruppen erläutert worden.

Sie unterstreiche, dass ihr Haus mit Blick auf die Personalausstattung über eine sehr bescheidene Kulturabteilung verfüge, die aus hochmotivierten Menschen bestehe, die sich allerdings am Rande ihrer Belastbarkeit befänden, zumal ein Mittelaufwuchs immer Mehrarbeit bei der Verausgabung mit sich bringe.

Die Operationalisierungen der Verfahren etwa bei kommunalen Theatern und Orchestern sowie bei der freien Theaterszene stellten sich als unglaublich aufwendig dar. Allein der freie Bereich umfasse 500 bis 800 Gruppen, und entsprechende Wettbewerbe müssten organisiert werden. Inzwischen werde mit externen Partnern zusammengearbeitet, was eine gewisse Entlastung mit sich bringe. Grundsätzliche programmatische Neuorientierungen entstünden indes jedoch im Ministerium und im Dialog mit den entsprechenden Gruppen, was ebenfalls einen sehr hohen Aufwand bedeute.

Etwa seien die beiden für die Infrastrukturausschreibung im Ministerium zuständigen Personen von über 1.100 eingegangenen Anträgen überwältigt worden, von denen zwischenzeitlich immerhin 250 Anträge positiv beschieden worden seien. Sie wünsche eine neue Ausschreibung des Programms im nächsten Jahr, da es offensichtlich einen Nerv getroffen habe.

Die Neustrukturierung der freien Musikszene müsse jetzt umgesetzt werden. Sie zeige sich zuversichtlich, im Haushalt 2020 größere Teilbeträge der insgesamt dann 60 Millionen € in die entsprechenden Titel umsetzen zu können.

Die Antwort auf die Anfrage der FDP-Fraktion habe einen Versuch einer groben Übersichtsdarstellung dargestellt.

In Sachen Landeszentrale für politische Bildung befinde sie sich selbstverständlich in enger Abstimmung mit dem Innenminister. Natürlich gebe es auch Workshops zum Linksextremismus, wie sich nicht zuletzt aus den Materialien ergebe. Die AfD könne gern immer weiter fragen, und das Ministerium werde die Erklärungen in immer neuen Variation liefern. Sie halte den von der AfD angesprochenen Punkt nicht für eine wirklich neue Idee.

**Andreas Bialas (SPD)** merkt an, wenn man Details nicht von Anfang an im Haushalt aufführe, könne man im Laufe des Jahres immer wieder neue Erfolge bei den entsprechenden Mittelzuweisungen vermelden. Er wünsche, die Details nicht auf einem Zusatzblatt, sondern im Haushalt zu finden.

Falls man einen Personalaufwuchs im Ministerium beabsichtige, finde man hierfür die hundertprozentige Unterstützung der SPD-Fraktion, zumal dort aus seiner Sicht sehr viel gute Arbeit auf ziemlich wenigen Schultern geleistet werde.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** hält die Antwort nicht für ausreichend, dass es Projekte gebe, ohne diese zu benennen. Bis zum heutigen Tag warte ihre Fraktion auf die Benennung konkreter Projekte.

Minister Reul habe in der „Welt“ ausgeführt, dass er die Gefahren durch Links- und Rechtsextreme im Land als ungefähr gleich groß einschätze. Sie halte daher die gegebenen Antworten für „nicht besonders ausreichend“. Sie würde sich über die Nennung genauer Projekte freuen.

Schließlich stimmt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Einzelplan 06 in der Fassung der soeben beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD zu.

## **5 Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/3807

Der Ausschuss für Kultur und Medien beschließt einstimmig, die Beratung des Tagesordnungspunktes zu verschieben, um die Beratung im federführenden Ausschuss abzuwarten.

**Vorsitzender Oliver Keymis** weist darauf hin, dass die gutachterliche Evaluierung des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen Vorlage 17/1044 in der Sitzung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 18. Januar 2019 vorgestellt werden solle. Der Ausschuss für Kultur und Medien sei zur Vorstellung ebenfalls eingeladen.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** betont, sie halte die Befassung des Ausschusses für Kultur und Medien mit dem Denkmalschutz für sehr wichtig.

**Andreas Bialas (SPD)** unterstreicht, im Ausschuss sei man sich auch fraktionsübergreifend immer einig gewesen, dass der Denkmalschutz hier seinen Platz finde. Er bitte darum, bei Anhörungen, Gesprächen usw. benachrichtigt bzw. eingeladen zu werden.

**Vorsitzender Oliver Keymis** sagt zu, auch weiterhin so zu verfahren, was im Übrigen auch durch seinem Hinweis auf die Anhörung im AHKBW im Januar deutlich werde.

## 6 Verschiedenes

**Vorsitzender Oliver Keymis** informiert, zum Sachstand der Verabschiedung des Zweiten Kulturförderplans gebe es inzwischen die Vorlage 17/1164. Daraus gehe hervor, dass im zweiten Quartal 2019 der neue Kulturförderplan vorgelegt werden solle.

Mit Blick auf die Fahrt zur Berlinale werde ein formeller Beschluss des Ausschusses benötigt.

Der Ausschuss für Kultur und Medien beschließt einstimmig, eine Reise zur Teilnahme an der Berlinale und dem entsprechenden Empfang durchführen zu wollen.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** weist darauf hin, dass mittlerweile der Kulturförderbericht 2017 als Downloads auf der Homepage des MKW zur Verfügung stehe. Den entsprechenden Link hätten die Abgeordneten per E-Mail erhalten. Aufgrund der Umschichtungen der Finanzmittel werde zukünftig es zu Verschiebungen und einem anderen Aufbau kommen. Der Kulturförderbericht 2018 werde wieder in gedruckter Form erstellt.

gez. Oliver Keymis  
Vorsitzender

## 4 Anlagen

23.04.2019/06.05.2019

73



**DIGITALE GESELLSCHAFT – DIGITALE VERANTWORTUNG**

**DER MEDIENKOMPETENZBERICHT 2017/18 DER LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW**

**AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND MEDIEN, 8. NOVEMBER 2018**



# Agenda

- 1 Medienkompetenz
- 2 Bürgermedien
- 3 Forschung



# MEDIENKOMPETENZ

# MEDIENKOMPETENZ

Die Landesanstalt für Medien NRW will Mediennutzerinnen und -nutzer dabei unterstützen, Medien **verantwortungsvoll** und **selbstbestimmt** zu nutzen.

Dazu benötigen sie **Anwendungs- und Beurteilungskompetenzen**, die es ihnen ermöglichen, ihr medienbezogenes Handeln an folgenden Zielen auszurichten:

- Schutz
- Zugang zu Bildung und Kultur
- Partizipation
- Digitale Selbstbestimmung.

**Digitale Gesellschaft – Digitale Verantwortung**

# MEDIENKOMPETENZ

Digitale Veränderung (Konvergenz, Disruption, ...)



Zwei Systeme der  
Medienkompetenz-  
vermittlung



Unterstützungssystem I  
Bildung



Unterstützungssystem II  
Schutz und Hilfe

# NEUAUSRICHTUNG MEDIENKOMPETENZ

Erhöhung der Reichweite:

- durch zielgruppenspezifische Profilschärfung
- Rezipientenorientierte Ansprache (Design, Sprache) & stärkere Lösungsorientierung
- Niedrigschwellige Zugänge
- Gezielte Vermarktung

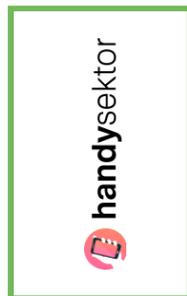
# REICHWEITEN



- Bekanntheit**
- 41 Prozent der **Lehrer** an weiterführenden Schulen
  - 22 Prozent der **Eltern** von 5-12-jährigen Kinder
  - 17 Prozent der **Eltern** von 13-19-jährigen Jugendlichen



- Bekanntheit**
- 35 Prozent der **Grundschullehrer**
  - 31 Prozent der **6-13-jährigen Kinder**
  - 9 Prozent der **Eltern** von 5-12-jährigen Kindern



- 8 Prozent der 12-19-jährigen **Jugendlichen**
- 6 Prozent der **Lehrer** an weiterführenden Schulen



- 2017: 18.324 **Eltern**, 762 Veranstaltungen
- 2018: alle geplanten Veranstaltungen seit Februar ausgebaut



- 50 teilnehmende Kreise/ kreisfreie Städte
- über 700 teilnehmende Schulen
- über 3.100 qualifizierte Medienscouts (**Schüler**)
- über 1.400 qualifizierte Beratungslehrkräfte

- Im Verhältnis zu anderen medienpädagogischen Angeboten gute Reichweiten.
- Aber:** Mit Blick auf die Gesamtbevölkerung ist die jeweilige Reichweite der Projekte ausbaufähig.
- Die im Vergleich gesehen größere Reichweite von *Klicksafe* korrespondiert mit dem höheren Marketingetat des Projekts.

# MEDIENSCOUTS NRW

LANDESANSTALT  
FÜR MEDIEN NRW

NRW  
**MEDIENSCOUTS**  
Ein Angebot  
der Landesanstalt für Medien NRW

- Ein Peer-to-Peer-Projekt.
- Bildet Jugendliche zu Medienscouts aus, die Schülerinnen und Schülern auf Augenhöhe bei Fragen und Problemen zur Mediennutzung zur Seite stehen.
- Stellt die Begleitung und Unterstützung der Medienscouts durch die Ausbildung von Beratungslehrern sicher.
- Modell: Qualifiziert lokale Fachkräfte, die vor Ort die Qualifizierung von Medienscouts und Beratungslehrern übernehmen (Train-the-Trainer).



# MEDIENSCOUTS NRW

## vom Pilotprojekt in die Fläche NRW

Beteiligt sind:

- 50 von 53 Kreisen/kreisfreien Städten
- über 747 Schulen
- über 3.120 Medienscouts
- mehr als 1.412 Beratungslehrkräfte
- 151 gesiegelte Medienscouts-Schulen



# MEDIENKOMPETENZRAHMEN NRW

MEDIENKOMPETENZ  
RAHMEN NRW

1. BEDIENEN UND ANWENDEN	2. INFORMIEREN UND RECHERCHIEREN	3. KOMMUNIZIEREN UND KOOPERIEREN	4. PRODUZIEREN UND PRÄSENTIEREN	5. ANALYSIEREN UND REFLEKTIEREN	6. PROBLEMLÖSEN UND MODELLIEREN
<p><b>1.1 Medienausstattung (Hardware)</b></p> <p>Medienausstattung (Hardware) kennen, auswählen und reflektiert anwenden; mit dieser verantwortungsvoll umgehen</p> <p><b>1.2 Digitale Werkzeuge</b></p> <p>Verschiedene digitale Werkzeuge und deren Funktionsumfang kennen, auswählen sowie diese kreativ, reflektiert und siegerichtet einsetzen</p> <p><b>1.3 Datenorganisation</b></p> <p>Informationen und Daten sicher speichern, wiederfinden und von verschiedenen Orten abrufen; Informationen und Daten zusammenfassen, organisieren und strukturiert aufbewahren</p> <p><b>1.4 Datenschutz und Informationssicherheit</b></p> <p>Verantwortungsvoll mit persönlichen und fremden Daten umgehen; Datenschutz, Privatsphäre und Informationssicherheit beachten</p>	<p><b>2.1 Informationsrecherche</b></p> <p>Informationsrecherche zielgerichtet durchführen und dabei Suchstrategien anwenden</p> <p><b>2.2 Informationsbewertung</b></p> <p>Themenelevante Informationen und Daten aus Medienangeboten filtern, strukturieren, umwandeln und aufbereiten</p> <p><b>2.3 Informationsbewertung</b></p> <p>Informationen, Daten und ihre Quellen sowie dahinterliegende Strategien und Absichten erkennen und kritisch bewerten</p> <p><b>2.4 Informationskritik</b></p> <p>Unangemessene und gefährdende Medieninhalte erkennen und hinsichtlich rechtlicher Grundlagen sowie gesellschaftlicher Normen und Werte einschätzen; Jugend- und Verbraucherschutz kennen und Hilfs- und Unterstützungsstrukturen nutzen</p>	<p><b>3.1 Kommunikations- und Kooperationsprozesse</b></p> <p>Kommunikations- und Kooperationsprozesse mit digitalen Werkzeugen zielgerichtet gestalten sowie mediale Produkte und Informationen teilen</p> <p><b>3.2 Kommunikations- und Kooperationsregeln</b></p> <p>Regeln für digitale Kommunikation und Kooperation kennen, formulieren und einhalten</p> <p><b>3.3 Kommunikation und Kooperation in der Gesellschaft</b></p> <p>Kommunikations- und Kooperationsprozesse im Sinne einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft gestalten und reflektieren; kulturell-gesellschaftliche Normen beachten</p> <p><b>3.4 Cybergewalt und Kriminalität</b></p> <p>Persönliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Risiken und Auswirkungen von Cybergewalt und -kriminalität erkennen sowie Ansprechpartner und Reaktionsmöglichkeiten kennen und nutzen</p>	<p><b>4.1 Medienproduktion und Präsentation</b></p> <p>Medienprodukte adressatengerecht planen, gestalten und präsentieren; Möglichkeiten des Verfeinerns und Teilens kennen und nutzen</p> <p><b>4.2 Gestaltungsmittel</b></p> <p>Gestaltungsmittel von Medienprodukten kennen, reflektiert anwenden sowie hinsichtlich ihrer Qualität, Wirkung und Aussageabsicht beurteilen</p> <p><b>4.3 Quelldokumentation</b></p> <p>Standards der Quellangaben beim Produzieren und Präsentieren von eigenen und fremden Inhalten kennen und anwenden</p> <p><b>4.4 Rechtliche Grundlagen</b></p> <p>Rechtliche Grundlagen des Persönlichkeits- (u.a. des Bildrechts), Urheber- und Nutzungsrechts (u.a. Lizenzen) überprüfen, bewerten und beachten</p>	<p><b>5.1 Medienanalyse</b></p> <p>Die Vielfalt der Medien, ihre Entwicklung und Bedeutungen kennen, analysieren und reflektieren</p> <p><b>5.2 Meinungsbildung</b></p> <p>Die interesselogische Satzung und Verbreitung von Themen in Medien erkennen sowie in Bezug auf die Meinungsbildung beurteilen</p> <p><b>5.3 Identitätsbildung</b></p> <p>Chancen und Herausforderungen von Medien für die Realitätswahrnehmung erkennen und analytisch sowie für die eigene Identitätsbildung nutzen</p> <p><b>5.4 Selbstregulierte Mediennutzung</b></p> <p>Medien und ihre Wirkungen beschreiben, kritisch reflektieren und deren Nutzung selbstverantwortlich regulieren; andere bei ihrer Mediennutzung unterstützen</p>	<p><b>6.1 Prinzipien der digitalen Welt</b></p> <p>Grundlegende Prinzipien und Funktionsweisen der digitalen Welt identifizieren, kennen, verstehen und bewusst nutzen</p> <p><b>6.2 Algorithmen erkennen</b></p> <p>Algorithmische Muster und Strukturen in verschiedenen Kontexten erkennen, nachvollziehen und reflektieren</p> <p><b>6.3 Mobilisieren und Programmieren</b></p> <p>Probleme formalisiert beschreiben, Problemlösungsstrategien entwickeln und dazu eine strukturierte, algorithmische Sequenz planen; diese auch durch Programmieren umsetzen und die gefundene Lösungsstrategie beurteilen</p> <p><b>6.4 Bedeutung von Algorithmen</b></p> <p>Einflüsse von Algorithmen und Auswirkung der Automatisierung von Prozessen in der digitalen Welt beschreiben und reflektieren</p>



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW  
für Meinungsbildung und Vielfalt



LWL  
für Medien und Jugend



LVR  
Qualität für Menschen



Medienberatung NRW

# MEDIENKOMPETENZRAHMEN NRW

MEDIENKOMPETENZ  
RAHMEN NRW

1. BEDIENEN UND ANWENDEN	2. INFORMIEREN UND RECHERCHIEREN	3. KOMMUNIZIEREN UND KOOPERIEREN	4. PRODUZIEREN UND PRÄSENTIEREN	5. ANALYSIEREN UND REFLEKTIEREN	6. PROBLEMLÖSEN UND MODELLIEREN
<p><b>1.1 Medienausstattung (Hardware)</b></p> <p>Medienausstattung (Hardware) kennen, auswählen und reflektiert anwenden; mit dieser verantwortungsvoll umgehen</p> <p><b>1.2 Digitale Werkzeuge</b></p> <p>Verschiedene digitale Werkzeuge und deren Funktionsumfang kennen, auswählen sowie diese kreativ, reflektiert und zielgerichtet einsetzen</p> <p><b>1.3 Datenorganisation</b></p> <p>Informationen und Daten sicher speichern, wiederfinden und von verschiedenen Orten abrufen; Informationen und Daten zusammenfassen, organisieren und strukturiert aufbewahren</p> <p><b>1.4 Datenschutz und Informationssicherheit</b></p> <p>Verantwortungsvoll mit persönlichen und fremden Daten umgehen; Datenschutz, Privatsphäre und Informationssicherheit beachten</p>	<p><b>2.1 Informationsrecherche</b></p> <p>Informationsrecherche zielgerichtet durchführen und dabei Suchstrategien anwenden</p> <p><b>2.2 Informationsaus</b></p> <p>Themenelevante Informationen und Daten aus Medien filtern, strukturieren und aufbereiten</p> <p><b>2.3 Informationsbewertung</b></p> <p>Informationen, Daten Quellen sowie dahinterliegende Strategien und Absichten und kritisch bewerten</p> <p><b>2.4 Informationskritik</b></p> <p>Unangemessene und gefährdende Medieninhalte erkennen und hinsichtlich rechtlicher Grundlagen sowie gesellschaftlicher Normen und Werte einschätzen; Jugend- und Verbraucherschutz kennen und Hilfs- und Unterstützungsstrukturen nutzen</p>	<p><b>3.1 Kommunikations- und Kooperationsprozesse</b></p> <p>Kommunikations- und Kooperationsprozesse mit digitalen Werkzeugen zielgerichtet gestalten sowie mediale Produkte und Informationen teilen</p>	<p><b>4.1 Medienproduktion und Präsentation</b></p> <p>Medienprodukte adressatengerecht planen, gestalten und präsentieren; Möglichkeiten des Vertriebskanals und Teilens kennen und nutzen</p>	<p><b>5.1 Medienanalyse</b></p> <p>Die Vielfalt der Medien, ihre Entwicklung und Bedeutungen kennen, analysieren und reflektieren</p> <p><b>5.2 Meinungsbildung</b></p> <p>Die intersektorielle Setzung und Verbreitung von Themen in Medien erkennen sowie in Bezug auf die Meinungsbildung beurteilen</p> <p><b>5.3 Identitätsbildung</b></p> <p>Einfluss und Herausforderungen von Realitäts- und analytischen sowie für eigene Identitätsbildung beurteilen</p> <p><b>5.4 Selbstregulierte Mediennutzung</b></p> <p>Medien und ihre Wirkungen beschreiben, kritisch reflektieren und deren Nutzung selbstverantwortlich regulieren; andere bei ihrer Mediennutzung unterstützen</p>	<p><b>6.1 Prinzipien der digitalen Welt</b></p> <p>Grundlegende Prinzipien und Funktionsweisen der digitalen Welt identifizieren, kennen, verstehen und bewusst nutzen</p> <p><b>6.2 Algorithmen erkennen</b></p> <p>Algorithmische Muster und Strukturen in verschiedenen Kontexten erkennen, nachvollziehen und reflektieren</p> <p><b>6.3 Mobilisieren und Programmieren</b></p> <p>Probleme formalisiert beschreiben, Problemlösungsstrategien entwickeln und dazu eine strukturierte, algorithmische Sequenz planen; diese auch durch Programmieren umsetzen und die gefundene Lösungsstrategie beurteilen</p> <p><b>6.4 Bedeutung von Algorithmen</b></p> <p>Einflüsse von Algorithmen und Auswirkung der Automatisierung von Prozessen in der digitalen Welt beschreiben und reflektieren</p>

**5.4 Selbstregulierte Mediennutzung**

Medien und ihre Wirkungen beschreiben, kritisch reflektieren und deren Nutzung selbstverantwortlich regulieren; andere bei ihrer Mediennutzung unterstützen



Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW  
für Medienpluralismus und Vielfalt



LVR  
Qualität für Menschen



Medienberatung NRW



LWL  
für Westfalen-Lippe

# INTERNET-ABC



- Das Internet-ABC ist eine interaktive Lernplattform zur altersgerechten Vermittlung von Computer- und Internetkompetenz.
- Das Projekt bietet als Onlineratgeber Kindern (5-12 Jahre), Lehrkräften und Eltern auf jeweils eigenen Seiten zielgruppenspezifisches Basiswissen rund um das WWW.

## Internet-ABC in der Schule:

- Hessen
- Thüringen
- Sachsen-Anhalt
- Hamburg
- Schleswig-Holstein
- Saarland
- Bremen
- Baden-Württemberg



## Internet-ABC

### Versandaktion:

- NRW
- Hessen
- Thüringen
- Saarland
- Niedersachsen

# INTERNET-ABC IN NRW



LANDESANSTALT  
FÜR MEDIEN NRW



## Bisher:

- Lehrerhandbuch zur Umsetzung des Medienkompetenzrahmens NRW im Unterricht der Grundschule
- Modellprojekt „Ausbildung der Internet-ABC-Lehrkraft“
- Versandaktion einer Elternhandreichung an die Eltern von Drittklässlern in NRW



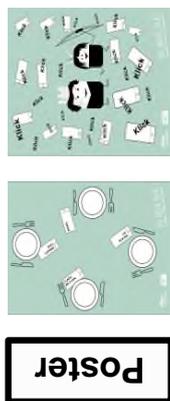
# KLEINKIND – MEDIEN – FAMILIENALLTAG

- **Die Häsch-Tecks ist ein Kooperationsprojekt der Landesanstalt für Medien NRW mit den Landesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung in NRW (Paritätische Akademie LV NRW e.V.).**
- **Das Projekt bietet Materialien für Eltern/Kind-Kurse an, um Eltern von Kleinkindern (0 - 3 Jahre) frühzeitig in die Auseinandersetzung mit dem Thema digitale Mediennutzung und Medienkompetenzen im Familienalltag zu bringen.**





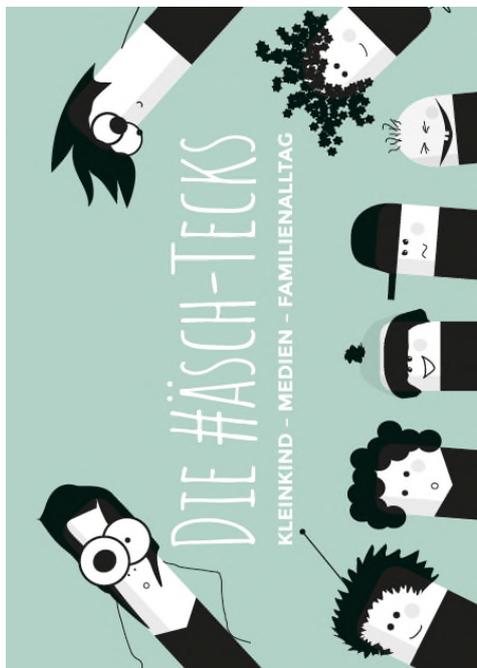
in Kooperation mit



Poster

## KARTENSET + Handreichung

ALLTAG MIT MEDIEN
VORBILDER
BINDUNG
PERSÖNLICHKEITSRECHT
KOMMUNIKATION



[www.die-haeschtecks.de](http://www.die-haeschtecks.de)

- Kartenset
- Hintergrundinfos
- Links zu klicksafe, Internet-ABC etc.

5 regionale Fortbildungen  
für pädagogisches  
Personal der FBS



# WEITERE MEDIENKOMPETENZPROJEKTE DER LANDESANSTALT FÜR MEDIEN NRW



Kompetenz - Beratung - Unterstützung  
Ein Angebot der Landesanstalt für Medien NRW





# BÜRGERMEDIEN



# BÜRGERMEDIEN

- Bürgerfunk
  - Bürgerfernsehen
  - Campusrundfunk
- }  
■ Bürgermedienplattform



# BÜRGERMEDIENPLATTFORM NRWISION

Die Bürgermedienplattform soll

- ... **neue Präsentationsformen** eröffnen, indem Beiträge **umfänglich, zeitversetzt und ohne zeitliche Begrenzung auch in ausgeweiteter Dauer nachhaltig** verfügbar gemacht werden.
- ... die **Auffindbarkeit** von Beiträgen der Bürgermedien verbessern und **digitale Verbreitungswege** unterstützen.
- ... den Bürgermedien ermöglichen, die **Vorteile des Internets** für sich zu erschließen.
- ... zur Ausbildung ihrer **Medienkompetenz** beitragen.

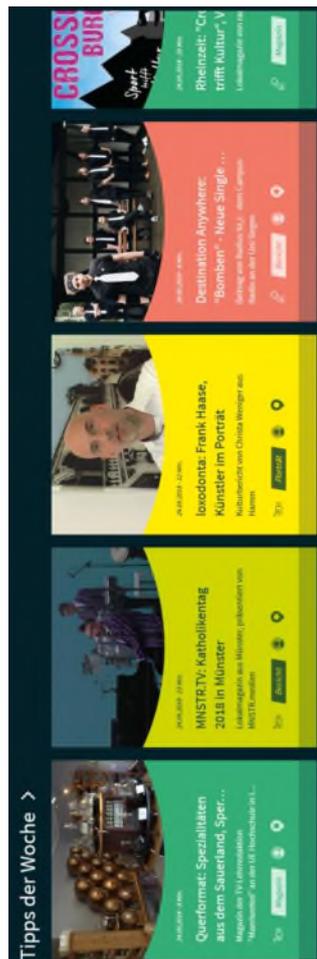
# VORTEILE DER BÜRGERMEDIENPLATTFORM

- Zeit- und ortsunabhängige Rezeption bürgermedialer Inhalte
- Professionelle technische und redaktionelle Aufbereitung in professionellem Design
- Kostenfreies Web-Hosting
- Kostenfreie Nutzung GEMA-lizenzierter Musik
- Medienrechtlicher Support
- Vernetzung durch Hyperlink- bzw. Embedding-Funktionen und Sharing



# STRATEGIEN ZUR ERHÖHUNG VON SICHTBARKEIT IM NETZ:

- Redaktionelle Aufbereitung durch Begleittexte, Verschlagwortung (Tags)
- Suchfunktionen nach Schlagworten (Themen, Orten, Machern)
- Eigene *Profil*-Seiten der Macher, eigene Sendungs- und Ortsseiten (kurz vor Launch)
- SEO (Optimierung für Suchmaschinen)  
→ **36,4 %** aller Mediathek-Besucher kommen bereits von Suchmaschinen
- Social Media-Anbindung (Sharing) und Media-Bewerbung  
→ **14,7 %** aller Mediathek-Besucher
- Embeddingfunktion  
→ **8,9 %** aller Mediathek-Abrufe





# MEDIENFORSCHUNG

# MEDIENFORSCHUNG

- Wahrnehmung von Hassrede im Netz (Fortsetzung der Forsa-Umfrage: 2016-2018)  

- Hasskommentare im Netz. Steuerungsstrategien für Redaktionen“  

- Selbstregulation bei der Internet- und Smartphonennutzung, Prof. Mathias Brand, Universität Duisburg Essen

# VIELEN DANK

Landesanstalt für Medien NRW  
Mechthild Appelhoff  
Leiterin Förderung  
Zollhof 2  
40221 Düsseldorf

T +49 211 77007-136

M Mechthild.Appelhoff@medien  
anstalt-nrw.de

K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L T U Ä N D E R

## Die Kulturstiftung der Länder im Überblick

Die Kulturstiftung der Länder ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts und hat den satzungsgemäßen Zweck, Kunst und Kultur nationalen Ranges zu fördern und zu bewahren. Sie wird von den 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland getragen.

**17. November 1987:** Unter Vorsitz des Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß wird die Satzung verabschiedet.

**1. April 1988:** Als Einrichtung der 11 Länder der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Stiftung in Berlin ihre Arbeit auf.

**1990:** Die 5 neuen Länder treten nach der Wiedervereinigung Deutschlands der Stiftung bei.

## 30 Jahre Kulturförderung

Gefördert werden insbesondere öffentliche sammelnde Institutionen bei

- **Erwerbungen** von herausragenden kunst- und kulturhistorischen Objekten
- **Restaurierungen** von national oder überregional wertvollem Kulturgut
- kunst- und kulturhistorische **Ausstellungen** mit regionalem Bezug bei zugleich internationaler Bedeutung

**Jährlich** stellen die 16 Länder der Stiftung einen Gesamtetat von **rund 10 Millionen** Euro zur Verfügung.  
Davon fließen **6,2 Millionen** Euro in die Förderung von Erwerbungen und Restaurierungen und **1 Million** Euro in die Förderung von Ausstellungen.

## Kulturstiftung der Länder: Prinzipien

- Service
- Compliance
- Transparenz
- Rechenschaftsfähigkeit
- Qualitätsmanagement / Benchmarking

## Kulturstiftung der Länder: Förderverfahren

- Beratung
- Mehrstufiges, formalisiertes Antragsverfahren
- Transparente, kommentierte Kriterien
- Begutachtung / Jurierung nach Peer Review-Prinzipien
- Prinzip der Kofinanzierung
- Förderentscheidung durch Stiftungsrat (ab 100 TEURO)
- Mittelbewirtschaftung nach haushaltsrechtlichen Grundsätzen
- Systematische, abgestimmte Kommunikation
- Follow up-Maßnahmen / Wirkungsanalyse

## Kulturstiftung der Länder: Erwerbungsförderung

- Kulturgut nationalen Ranges
  - Authentizität
  - Einzigartigkeit / Seltenheit
  - Herausragende gesellschaftliche Bedeutung (Rezeptionsgeschichte)
- Institutionelles Profil und zukünftige Zugänglichkeit
- Erhaltungszustand
- Provenienz
- Angemessenheit des Preises und Finanzierungsplan

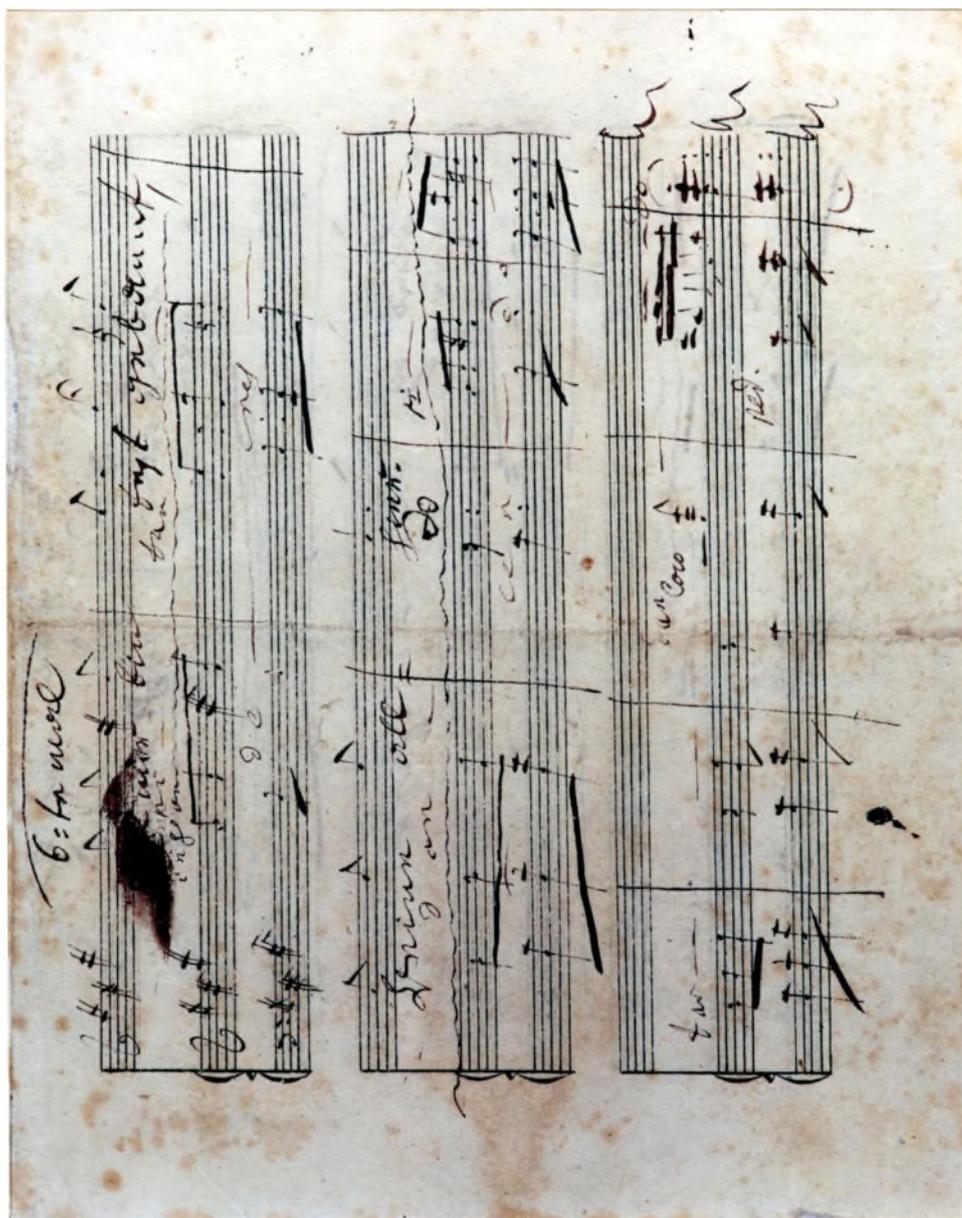
# Erwerbungsförderungen

Amsterdam Machsor, ca.  
1250,  
Joods Historisch  
Museum, Amsterdam, und  
Landschaftsverband  
Rheinland

K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R



Ludwig van Beethoven, Der Ruf vom Berge (Wenn ich ein Vöglein wär), WoO 147, 1816, Beethoven-Haus Bonn



K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R

Wilhelm Lehmbruck, drei Plastiken und 69 Arbeiten  
auf Papier, Staatsgalerie Stuttgart



K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R

Der Gestürzte, 1915

Richard Oelze, Archaisches Fragment, 1935,  
Städel Museum, Frankfurt am Main



K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R



Hans-Peter Feldmann,  
Laden 1975 - 2015,  
Städtische Galerie im Lenbachhaus und  
Kunstbau München

K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R

Ausstellungsförderungen







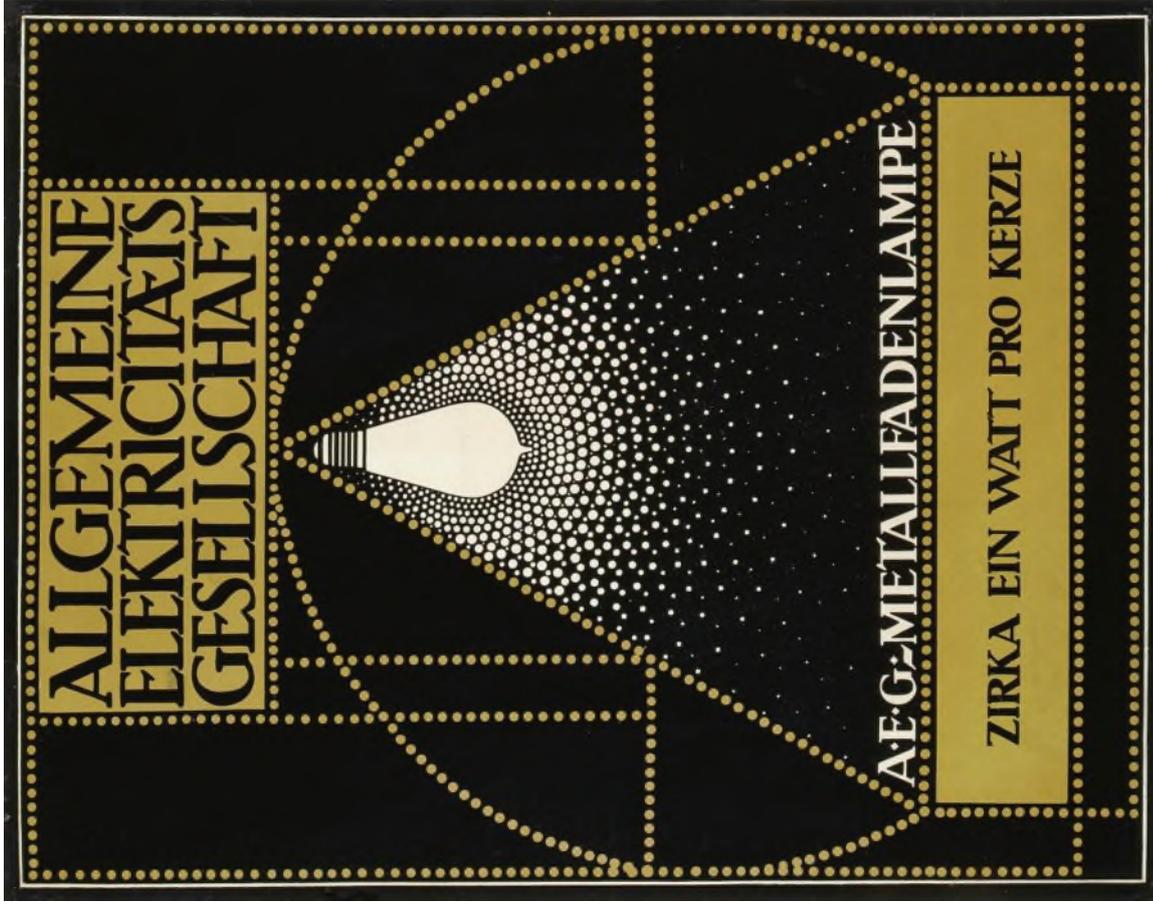


K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R

## Restaurierungsförderungen

Sammlungsbestand Peter Behrens, Kunstmuseen Krefeld; in Vorbereitung auf die Ausstellung „Peter Behrens. Das Praktische und das Ideale“

K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R



Allgemeine Elektrizitäts Gesellschaft /  
A.E.G., 1907 (nach der Restaurierung)

20 Blätter aus der Grafischen  
Sammlung, 13 Gemälde Max  
Slevogts, 4 impressionistische  
Gemälde, Stiftung Saarländischer  
Kulturbesitz; in Vorbereitung auf  
die Ausstellung „Slevogt und  
Frankreich“



Max Slevogt, Diener auf der Terrasse von  
Neu-Cladow, 1912 (Vorzustand)

Moderne Galerie

01.09.2018  
— 13.01.2019

**Slevogt  
und Frankreich**

Cézanne  
Coarbet  
Delacroix  
van Gogh  
Manet  
Monet  
Renoir ...

50 Jahre  
Moderne  
Galerie  
modernegalerie.org

Logo of the Saarländischer Kulturbesitz and other sponsors.

K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L Ä N D E R

K U L T U R  
S T I F T U N G · D E R  
L T U N G  
L Ä N D E R

# Tischvorlage

## **Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetzentwurf 2019**

### **Einzelplan 02**

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien  
am 8. November 2018

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 02 010</b>     <b>Ministerpräsident</b></p> <p><b>Titelgruppe 66</b>     <b>Medien</b></p> <p><b>Titel 547 66</b>     <b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2019</b> von     1.392.400 Euro um     1.000.000 Euro auf     2.392.400 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 1.392.400 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Es ist erklärtes Anliegen des Ministerpräsidenten, „Medienkompetenzförderung in die Fläche zu bringen“. Es wird hier ab 2019 darum gehen, die praktische Sichtbarkeit des Themas weiter zu erhöhen und – auch in Umsetzung des aktuell entwickelten „Medienpasses für Erwachsene“ – mit konkreten Maßnahmen außerschulische Bildungsangebote zu verstärken. Es ist erkennbar, dass „Ausprobier- und Mitmachangebote“ sehr hohe Potentiale bei der Vermittlung von Kompetenzen in einer digital geprägten Welt haben. Dies sollte kombiniert werden mit dem Ansatz, Flexibilität und Mobilität zu leben und „zu den Menschen zu kommen“. Daher würden sich mobile „Makerspaces“ oder „Fabmobils“ anbieten, um die in NRW schon existierende „Makerbewegung“ weiter zu fördern.</p>	



		<p>vorbereitet. Zahlreiche profilierte Medienveranstaltungen wie z.B. das Global Media Forum, der gamescom congress, der Deutsche Entwicklerpreis oder auch Matchmaking-Veranstaltungen sollen eine „Perlenkette“ attraktiver NRW-Medienveranstaltungen bilden. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 500.000 Euro sollen dazu beitragen, dass solche Formate einen deutlichen Bedeutungszuwachs erfahren können.</p>	
--	--	---	--

# Tischvorlage

## **Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetzentwurf 2019**

### **Einzelplan 06**

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien  
am 8. November 2018

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2018**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 06 010</b> <b>Titel 422 01</b></p> <p><b>Ministerium</b> <b>Bezüge und Nebenleistungen der</b> <b>Beamtinnen und Beamten, Richterinnen</b> <b>und Richter</b></p> <p><b>Erhöhung des Baransatzes</b></p> <p><b>2019</b> von 14.206.700 Euro um 71.100 Euro auf 14.277.700 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 13.640.500 Euro</p> <p><b>Erhöhung der Planstellenzahl</b></p> <p>Die Zahl der Planstellen wird von 22 um 1 auf 23 erhöht:</p> <p>Von 22 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin Um 1 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin Auf 23 Bes. Gr. A 15 Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin</p> <p><b>Begründung:</b></p>	SPD CDU GRÜNE FDP AFD

	<p>Zur Verstärkung der Maßnahme "Demokratiwerkstätten" (siehe Änderungsantrag zu HH: 06 070 – Titel 534 10) soll bei der Landeszentrale für politische Bildung aus diesem Ansatz ein ganze Referent/inn/en-Stelle (der Wertigkeit A 15) zusätzlich zur Verfügung gestellt und finanziert werden.</p>
--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP	<p><b>Kapitel 06 050</b>      Kulturförderung</p> <p><b>Titel 685 60</b>      Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p><b>2019</b>      <b>Ansatz lt. HH 2018</b></p> <p>von      14.224.800 Euro      14.224.800 Euro um      500.000 Euro auf      14.724.800 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Offenbach-Jahr 2019 - unter dem Titel Yes We Canan - 200 Jahre Jacques Offenbach - Eine Entdeckungsreise in Köln und Region -, das mit den zusätzlichen Mitteln gefördert werden soll, ist eine breit angelegte Beteiligungsplattform, die offen ist für jede Art der Partizipation und die zahlreiche Veranstaltungen der Sparten Musik, Theater, Tanz, Forschung und Literatur mit Bezug zu Leben und Schaffen des in Köln geborenen Komponisten Jacques Offenbach bündelt. Höhepunkt wird die Kölner Offenbach-Festwoche sein, die um den 200. Geburtstag des Kölner Komponisten am 20. Juni 2019 stattfinden wird. Neben Operaufführungen und großen Konzerten mit bekannten Werken des Komponisten, will das Offenbach-Jahr durch Erstaufführungen an die</p>	CDU SPD FDP AfD GRÜNE

		<p>innovative Kraft seines zeitkritischen Musiktheaters anschließen und durch ein großes Open-Air Event möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an dem Jubiläum teilhaben lassen. Mit innovativen künstlerischen Angeboten, Neuentdeckungen, in Vermittlungsformaten sowie mit zahlreichen Einzelereignissen leistet das Offenbach-Jahr 2019 nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit aller Akteure im Offenbach-Jahr 2019, sondern garantiert auch eine qualitativ hochwertige, wissenschaftlich fundierte und künstlerisch anspruchsvolle Auseinandersetzung mit Person und Werk des Komponisten.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 06  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p data-bbox="475 645 576 1720">Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 534 10 Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p data-bbox="608 1375 639 1720">Erhöhung des Baransatzes</p> <p data-bbox="671 860 735 1720"><b>2019</b> von 2.975.400 Euro um 500.000 Euro auf 3.475.400 Euro</p> <p data-bbox="671 860 735 1111"><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 2.975.400Euro</p> <p data-bbox="868 1541 900 1720"><b>Begründung:</b> Die Mittelерhöhung ist für die Verstärkung der <b>Maßnahmen zur aufsuchenden politischen Bildung</b> gedacht. Die „Demokratiwerkstätten“ leisten einen wichtigen Beitrag für die dezentrale Arbeit der Landeszentrale. Daneben soll zur Durchführung dieses „<b>Demokratiwerkstätten</b>“ bei der Landeszentrale für politische Bildung aus diesem Ansatz ein ganze Referent/inn/en-Stelle zusätzlich zur Verfügung gestellt und finanziert werden. Siehe Änderungsantrag zur HH-Stelle 06 010 – 422 01 (Aufwuchs im Personalbereich um eine A 15 Stelle)</p>	CDU SPD FDP GRÜNE AFD



	<p>Erinnerungskultur und Völkerverständigung sowie des innereuropäischen Dialogs. Um das Interesse insbesondere junger Menschen an der Thematik zu stärken, kommt der generationsübergreifenden (historisch-) politischen Bildung ein besonderer Stellenwert zu.</p> <p>Gefördert werden kulturbezogene Projekte und Projekte der (historisch-) politischen Bildung. Die Maßnahmen sollen die Wechselbeziehungen zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn angemessen berücksichtigen. Sie können insbesondere in folgender Form durchgeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Veranstaltungen, z.B. Vorträge, Seminare, Workshops; musikalische oder tänzerische Darbietungen und Begegnungen im Inland und Herkunftsland;</li><li>- Veröffentlichungen wissenschaftlicher und künstlerischer Art, soweit der Umgang mit eventuellen Einnahmen (Verkaufseinnahmen) klar geregelt wird;</li><li>- Ausstellungen, sofern mit dem Förderantrag eine aussagekräftige Ausstellungsbeschreibung vorgelegt wird.</li><li>- Innovative Veranstaltungs- und Workshop-Formate (z. B. onlinebasiert; Langzeitprojekte mit mehreren, kurzen Präsenzphasen, z. B. Erstellung von Webseiten, Datenbanken etc.)</li></ul> <p>Insbesondere werden die Heimatstuben der Landsmannschaften in ihrer Arbeit unterstützt. Zudem soll es dem Zuwendungsempfänger BdV NRW ermöglicht werden, eine Personalstelle einzurichten.</p>	
--	--	--